



# Sitzungsvorlage

Nr.:	122/2004
ausgefertigt am:	26.04.2004
Fachamt:	Interner Servicebetrieb
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none"><li>– Kreisausschuss</li><li>– Kreistag</li></ul>

## Neuwahl der Vertrauenspersonen zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen

Nach den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.05.1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3007/3009), i. V. m. dem Gemeinsamen Runderlass des Nieders. Ministers der Justiz und des Nieders. Ministers des Innern vom 12.01.1988 (Nds. MBl. S. 80), geändert durch Gemeinsamen Runderlass vom 12.04.1996 (Nds. MBl. S. 881), sind die Schöffen für die einzelnen Amtsgerichtsbezirke alle vier Jahre neu zu wählen. Die letzte Wahl ist im Jahre 2000 durchgeführt worden. Die Wahlperiode der Schöffen und Jugendschöffen endet mit Ablauf des Jahres 2004.

Aus den von den Gemeinden und Samtgemeinden als Schöffen sowie den vom Jugendhilfeausschuss als Jugendschöffen vorgeschlagenen Personen werden bei jedem Amtsgericht von einem Ausschuss die notwendige Anzahl von Schöffen und Jugendschöffen gewählt. Dieser Ausschuss setzt sich aus dem Richter des Amtsgericht als Vorsitzendem, einem Verwaltungsbeamten und zehn Vertrauenspersonen als Beisitzer zusammen. Die Vertrauenspersonen werden von den Vertretungen der Landkreise, der kreisfreien Städte, der großen selbständigen Städte und der selbständigen Gemeinden mit einer Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Mitgliederzahl gewählt (§ 40 Abs. 3 GVG). Für die Vertrauenspersonen finden die §§ 32 bis 35 GVG entsprechende Anwendung. Sie haben folgenden Wortlaut:

### § 32 – Unfähigkeit zum Schöffenamts

Unfähig zu dem Amt eines Schöffen sind:

1. Personen, die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen oder wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt sind;
2. Personen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen einer Tat schwebt, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann.

### § 33 – Nicht zu berufende Personen

1. Personen, die bei Beginn der Amtsperiode das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben würden;
2. Personen, die das 70. Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden;
3. Personen, die zur Zeit der Aufstellung der Vorschlagsliste noch nicht ein Jahr in der Gemeinde wohnen;
4. Personen, die aus gesundheitlichen Gründen zu dem Amt nicht geeignet sind.

### § 34 – Weitere nicht zu berufende Personen

(1) Zu dem Amt eines Schöffen sollen ferner nicht berufen werden:

1. der Bundespräsident;
2. die Mitglieder der Bundesregierung oder einer Landesregierung;

3. Beamte, die jederzeit einstweilig in den Warte- oder Ruhestand versetzt werden können;
4. Richter und Beamte der Staatsanwaltschaft, Notare und Rechtsanwälte;
5. Gerichtliche Vollstreckungsbeamte, Polizeivollzugsbeamte, Bedienstete des Strafvollzugs sowie hauptamtliche Bewährungs- und Gerichtshelfer;
6. Religionsdiener und Mitglieder solcher religiösen Vereinigungen, die satzungsgemäß zum gemeinsamen Leben verpflichtet sind;
7. Personen, die acht Jahre lang als ehrenamtliche Richter in der Strafrechtspflege tätig gewesen sind und deren letzte Dienstleistung zu Beginn der Amtsperiode weniger als acht Jahre zurückliegt.

(2) Die Landesgesetze können außer den vorbezeichneten Beamten höhere Verwaltungsbeamte bezeichnen, die zu dem Amt eines Schöffen nicht berufen werden sollen.

### **§ 35 - Ablehnung des Schöffenamtes**

Die Berufung zum Amt eines Schöffen dürfen ablehnen:

1. Mitglieder des Bundestages, des Bundesrates, des Europäischen Parlamentes, eines Landtages oder einer zweiten Kammer;
2. Personen, die in der vorhergehenden Amtsperiode die Verpflichtung eines ehrenamtlichen Richters in der Strafrechtspflege an 40 Tagen erfüllt haben, sowie Personen, die bereits als ehrenamtliche Richter tätig sind;
3. Ärzte, Zahnärzte, Krankenschwestern, Kinderkrankenschwestern, Krankenpfleger und Hebammen;
4. Apothekenleiter, die keinen weiteren Apotheker beschäftigen;
5. Personen, die glaubhaft machen, dass ihnen die unmittelbare persönliche Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert;
6. Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Ende der Amtsperiode vollendet haben würden;
7. Personen, die glaubhaft machen, dass die Ausübung des Amtes für sie oder einen Dritten wegen Gefährdung oder erheblicher Beeinträchtigung einer ausreichenden wirtschaftlichen Lebensgrundlage eine besondere Härte bedeutet.

Das Gebiet des Landkreises Cuxhaven erstreckt sich auf die drei Amtsgerichtsbezirke Cuxhaven, Langen und Otterndorf. Für den Amtsgerichtsbezirk Cuxhaven (umfasst das Stadtgebiet Cuxhaven) sind nach dem erwähnten gemeinsamen Runderlass alle zehn Vertrauenspersonen vom Rat der Stadt Cuxhaven zu wählen.

Für die Amtsgerichtsbezirke Langen und Otterndorf sind vom Kreistag des Landkreises Cuxhaven jeweils zehn Vertrauenspersonen als Beisitzer für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen zu wählen (§ 40 Abs. 2 GVG i. V. m. Ziff. III des gemeinsamen Runderlasses des Nieders. Ministers der Justiz und des Nieders. Ministers des Innern vom 12.01.1988).

Vorschlagsberechtigt für die Wahl der Vertrauenspersonen ist gemäß § 47 NLO:

#### **1. Für den Amtsgerichtsbezirk Langen**

CDU-Kreistagsfraktion 6 Vertrauenspersonen

SPD-Kreistagsfraktion 4 Vertrauenspersonen

## **2. Für den Amtsgerichtsbezirk Otterndorf**

CDU-Kreistagsfraktion

6 Vertrauenspersonen

SPD-Kreistagsfraktion

4 Vertrauenspersonen

Die gewählten Vertrauenspersonen sind dem Richter beim Amtsgericht bis zum 01. Juli 2004 mitzuteilen.

### **Beschlussvorschlag:**

Auf Vorschlag der Fraktionen werden in die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen für die Wahlperiode 2005 bis 2008 jeweils zehn Vertrauenspersonen für die Amtsgerichtsbezirke Langen und Otterndorf gewählt.

Bielefeld